



Wer, wenn nicht wir?

Im Zuge des transnationalen Projekts *Balkan Refugee Trail – A Pathway for European Solidarity*¹ wurden Gespräche mit VertreterInnen einiger Flüchtlings-Initiativen in Österreich geführt. Die gesammelten Erfahrungen bieten einen Einblick in das zivilgesellschaftliche Engagement der letzten Jahre. Im Mittelpunkt standen dabei die Bedürfnisse der Freiwilligen, um Bedingungen für eine längerfristige und nachhaltige Arbeit zu schaffen. Von Anna Schreilechner

Eine Vielzahl der Flüchtlingsinitiativen in Österreich entstand sowohl in ländlichen wie auch in urbanen Regionen im Kontext der als „Flüchtlingskrise“ bezeichneten Zeit seit dem Sommer 2015. Viele Menschen sahen die Notwendigkeit, einer Situation zu begegnen, die durch die Ankunft von Menschen auf der Flucht die tatsächliche Weltlage auch hierzulande sichtbar gemacht hat. „Plötzlich“ wurde aus „deren“ Problemen unsere „Krise“.² In dieser Phase organisierten sich engagierte Menschen, die es als ihre Aufgabe sahen, für die Ankommenden und/oder Weiterflüchtenden menschenwürdige Versorgung sicherzustellen.

Nachdem die sogenannte Balkanroute im Februar 2016 geschlossen worden war und die „Akutphase“ fürs Erste überwunden schien, war der Staat – zumindest scheinbar – nicht mehr im gleichen Maße auf die Hilfe und Versorgung durch Ehrenamtliche, Initiativen und NGOs angewiesen. An Stelle der akuten Hilfe rückte die integrative Arbeit in den Mittelpunkt. Die Initia-

¹ Das Projekt *Balkan Refugee Trail – A Pathway for European Solidarity* ist eine Kooperation von NGOs aus Ländern entlang der so genannten „Balkan Route“: Interkulturelles Zentrum, asylkoordination österreich, Centre for Peace Studies (CPS), Asylum Protection Centre, Greek Council for Refugees, Legal-informational centre for nongovernmental organisations (PIC), Legis, Ebony African Cultural, Arts and Human Rights Organisation: <http://www.iz.or.at/balkan-refugee-trail>.

² Vgl. Özmen, Elif (2015): Warum eigentlich Werte? Einige Gedanken zur „Flüchtlingskrise“. In: *Zeitschrift für Praktische Philosophie*. 2.2. 349-360.

tiven widmen sich seither der Vermittlung langfristiger Unterkünfte, organisieren oder vermitteln Bildungsmöglichkeiten und kulturelle Angebote und fördern die Integration am Arbeitsmarkt. Es handelt sich dabei um Herausforderungen, die von den Betroffenen enorme Anstrengungen erfordern und durch tatkräftige Unterstützung von Freiwilligen leichter zu bewältigen sind.

Diese Betreuungs- und Empowerment-Arbeit geschieht nach wie vor zum Großteil freiwillig, ist auf Spenden angewiesen und baut auf der Tatkraft der Zivilgesellschaft auf. Während ehrenamtliches Engagement medial und politisch mittlerweile in den Hintergrund gerückt ist und die sogenannte „Willkommenskultur“ inzwischen deutlich abgeflaut ist, sind die Aktivitäten der Initiativen weiterhin breit gefächert. Tausende Personen leisten nach wie vor viele Stunden unumgänglicher Arbeit, die keine staatliche Einrichtung oder NGO an ihrer Stelle machen will oder kann. Auf langfristige, finanzielle, staatliche Unterstützung traut man sich dabei kaum zu hoffen.

Wer steckt hinter dem Engagement?

Einige bedeutende Initiativen agieren schon um einiges länger als erst seit 2015, sahen sich aber angesichts der massiven Fluchtbewegungen vor neue Herausforderungen gestellt. Zum Teil erweiterten oder verschoben sie ihre Tätigkeitsbereiche. Manche konnten diese Phase der hohen medialen Aufmerksamkeit für die Themen „Flucht und Integration“ zumindest nutzen, um verstärkt für ihre Arbeit zu mobilisieren. Vielerorts wäre die Situation außer Kontrolle geraten, hätten nicht unzählige Freiwillige zentrale Funktionen übernommen und somit staatliche Institutionen und Hilfsorganisationen unterstützt. In Gesprächen mit RepräsentantInnen

einiger Initiativen zeigte sich, dass ehrenamtlich Engagierte oft sehr ähnliche Erfahrungen machen. Viele InterviewpartnerInnen sprachen von einem Mangel an Ressourcen, Kapazitäten und Zeit, erzählten von Herausforderungen und frustrierenden Hindernissen. Gleichzeitig zeigten sie auch ein Bewusstsein über die Notwendigkeit ihrer Arbeit und die große Bedeutung, die diese für Geflohene hat. Viele dieser Menschen haben seit Monaten, Jahren oder sogar Jahrzehnten ihre Familie oder ihren Beruf hintangestellt, um geflohene Menschen bestmöglich zu unterstützen.

In der „Blütezeit“ des gesellschaftlichen Engagements, der Phase vor der Schließung der Balkanroute, brachten sich außergewöhnlich viele Menschen ein. Daher konnten manche Aufgaben geteilt werden. Während sich die öffentliche Wahrnehmung von Flüchtlingen und ihrer Aufnahme mit der Zeit veränderte, wurden auch die HelferInnen zunehmend von Müdigkeit erfasst. Die Zahl der Freiwilligen nahm ab. Übrig blieben die GründerInnen dieser

<http://www.asyl.at/de/schulevortraege/schule/stationeneinerflucht/>

<http://www.asyl.at/de/adressen/beratungsstellen/niederoesterreich/>





<http://www.asyl.at/de/schulevortraege/schule/antirassismus/>

Initiativen und ihre Mitglieder verschiedenen Alters, Herkunft und sozialer Lage, die weiterhin den Bedarf wahrnehmen und ihre Netzwerke und Tätigkeiten nicht aufgeben können und wollen.

Die Engagierten sind u.a. StudentInnen, die neben ihrem über Monate vernachlässigten Studium etliche Stunden aufbringen, um die Aktivitäten ihrer Initiative weiterführen zu können. Andere Aktive sind auf Teilzeit- oder Vollzeitbasis beschäftigt, haben elterliche Verpflichtungen, manche sind Alleinerziehende. Wieder andere sind pensioniert und widmen (all) ihre Zeit der Arbeit mit Geflohenen.

Wunsch nach Anerkennung

Viele legen dabei kaum fassbare Energie und Engagement an den Tag. Auf die Frage, was sie bräuchten, um die Arbeit innerhalb der Initiative aufrecht erhalten zu können, nannten die meisten weder Bezahlung, noch eine Entschädigung, sondern Wertschätzung, politische Unterstützung, Vertrauen und lediglich kleine finanzielle Beträge für Besorgungen, Veranstal-

tungen und/oder ausgelagerte Beratung für Geflohene. Als Beispiel wurden freie Fahrscheine für PflichtschülerInnen genannt, die es letzteren ermöglichen würden, ihren Bewegungsrahmen freier zu gestalten. Ein weiteres Thema waren die Herausforderungen aus der sich andauernd verändernden rechtlichen und politischen Lage. Es mangle innerhalb der Bundesregierung, aber auch auf europäischer Ebene an „Eckpfeilern“, die auch mehr Klarheit für die eigene Arbeit bringen würden.

Einige Initiativen konnten oder wollten sich bisher nicht als gemeinnütziger Verein oder gar NGO organisieren. Viele sind nach wie vor lose organisiert und können daher nicht um Förderungen ansuchen. Die dafür notwendigen Strukturen zu schaffen bedeutet enormen Aufwand, der neben den alltäglichen Aktivitäten kaum machbar ist. Aber auch bei den Vereinen sind die Hürden, um staatliche Förderungen anzusuchen, häufig zu groß. Bei vielen überwiegt daher das Gefühl, sich langfristig kaum auf staatliche finanzielle

Mittel verlassen zu können und daher eher auf Fundraising und freiwillige Spenden bauen zu wollen. Außerdem gehen mit einer staatlichen Förderung zahlreiche Vorgaben, Einschränkungen und aufwendige Abrechnungen einher, die für viele Initiativen abschreckend sind. Hier könnte ein Abbau der oft unnötig komplizierten bürokratischen Hürden helfen.

Dass Initiativen ihre Arbeit eher auf freiwillige Arbeit, Spenden und unabhängige FördergeberInnen aufbauen, bedeutet nicht, dass sie keine staatliche Unterstützung brauchen. Sie werden ihre Arbeit mittelfristig nicht weiterführen können, wenn sie von Seiten des Staates keine Wertschätzung in Form von öffentlicher Anerkennung, finanziellen Zuwendungen oder bürokratische Erleichterungen erfahren.

Besonders bemerkenswert ist, dass einige der Engagierten selbst Fluchterfahrung haben. Als KoordinatorInnen, BegleiterInnen, BetreuerInnen oder ÜbersetzerInnen wollen sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrung ihren Mitmenschen in benachteiligten Positionen zur Seite stehen. In den Gesprächen betonten die meisten RepräsentantInnen, dass einige Geflohene trotz ihren schwierigen Lebenslagen schon im Sommer am Hauptbahnhof mithalfen und sich weiterhin bei Betreuungs- und Übersetzungsarbeiten sowie durch Informationsvermittlung einbringen, wobei sie enormes Engagement zeigen.

So beschreibt auch Wolfgang Gratz in seinem Buch „Das Management der Krise. Never let a good crisis go to waste“ (siehe asyl aktuell 2/2016) die Selbstorganisation, die mit der Formierung von Initiativen einherging. Er geht darauf ein, dass es sich bei der Zivilgesellschaft um lebende Systeme handelt, die sich ständig erneuern und auf ihre Umweltbeziehungen eingehen

müssen. Der Staat war, ist und wird weiterhin auf das Engagement und die Arbeit von Einzelpersonen und Initiativen angewiesen sein, die sich für Benachteiligte einsetzen.

Außerdem ist nicht abzusehen, ob und in welcher Form die nächste „Krise“ ausbrechen wird, welcher Art auch immer sie sein mag. Es wäre daher mehr als nur ein symbolisches Zeichen, in diese Initiativen und generell in Zivilengagement zu investieren, und würde gleichzeitig der Gesellschaft zeigen, dass Engagement und Teilhabe gefragt sind.

Freiwilligenengagement als Impetus für Solidarität

Freiwilliges Engagement ist keine Seltenheit in Österreich³. Es handelt sich dabei jedoch häufig um Sach- und Geldspenden. Gleichzeitig reicht aktives Engagement von wenigen flexibel geleisteten Wochenstunden bis zum Projektmanagement oder verantwortungsvollen Koordinations- oder Betreuungstätigkeiten. Es ist wichtig, die vielen verschiedenen Formen ehrenamtlicher Tätigkeit zu berücksichtigen, um Ehrenamtliche vernetzen zu können und zu erkennen, wo staatliche Unterstützung vonnöten ist.

Eine Trennung zwischen „formeller“⁴ und „informeller“⁵ Freiwilligenarbeit kann hilfreich sein, um aufzuzeigen, dass die Grenze nicht immer klar verläuft, da sich aus formellen Tätigkeiten, z.B. als DeutschtrainerIn oder WorkshopkoordinatorIn, häufig auch informelle Tätigkeiten ergeben. Eine DeutschtrainerIn erkennt beispielsweise Bedarf und unternimmt zusätzlich zu ihren sechs Wochenstunden Unterricht auch Behördengänge, begleitet ihre SchülerInnen zum Arzt oder ist ihnen bei der Arbeitssuche behilflich. Zivilgesellschaftliche Arbeit im Bereich „Flucht und

3 Nach der Medienserviceestelle leisten 46 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit, 23 Prozent der Bevölkerung engagierten sich in der sogenannten „Flüchtlingshilfe“.

4 Engagement über eine Organisation bzw. über einen Verein

5 Engagement auf nicht-institutioneller, privater Ebene

Integration“ bringt also mittlerweile häufig Verantwortungsbereiche von großer Wichtigkeit mit sich, die häufig von Einzelpersonen übernommen werden. Es handelt sich dabei nämlich – und das muss betont werden – um das Leben geflohener Menschen und nicht um ein Autoersatzteil, das man auch erst am übernächsten Tag austauschen kann, wenn gerade nicht genug Zeit dafür ist. Die Mitglieder einiger Initiativen könnten mit Leichtigkeit 40-50 Wochenarbeitsstunden zählen, denn der Bedarf ist vorhanden und muss bzw. soll auch gedeckt werden.

In diesem Zusammenhang wurde in den Interviews auch diskutiert, was der Begriff „Solidarität“ eigentlich bedeutet oder bedeuten kann. Sichtbar wird Solidarität auf nationaler und europäischer Ebene zum Beispiel eben durch soziales Engagement. Für Sina Farahmandnia, dem Mitgründer von *PROSA – Projekt Schule für Alle!*, müsse Solidarität aus eigenem Interesse passieren und sei auch die Basis seiner Initiative: „Wir sind solidarisch mit Asylwerbern und Asylwerberinnen, mit Flüchtlingen, weil auf dem Rücken der Flüchtlinge unser aller Menschenrechte und unsere soziale Absicherung mit Füßen getreten werden. Wenn man sich bei *PROSA* engagiert, dann engagiert man sich für das Menschenrecht auf Bildung, Wohnen, Arbeit und Teilhabe und nicht nur für die Flüchtlinge.“

Der EU-Türkei-Deal oder die Dublin-III-Regelung wären das genaue Gegenteil von Solidarität, so die InterviewpartnerInnen. Diese politischen Maßnahmen führen lediglich dazu, dass Menschen in den Randstaaten Europas festhängen, wenn sie es überhaupt über europäische Grenzen schaffen. Kritisiert werden auch Push-Back-Aktionen, die von der Europäischen Kommission angekündigte Wieder-

aufnahme der Rückschiebungen nach Griechenland ab Mitte März und das an Durchsetzungsvermögen und Strukturen mangelnde Europäische Asylrecht. Dass diese aktuellen politischen Umstände und Zukunftspläne zu Solidarität oder sogar zu einer europäischen, integrativen Lösung führen könnten, ist zu bezweifeln.

GründerInnen und Mitglieder von Initiativen, AktivistInnen und andere VertreterInnen der Zivilgesellschaft weisen darauf hin – durch ihre Taten und Herangehensweisen, aber auch explizit –, dass Unterstützung für Geflohene eine notwendige, verantwortungsbewusste, gerechte und langfristige Aufgabe Österreichs und ganz Europas ist.

Wer, wenn nicht wir?

Das Tätigkeitsfeld „Flucht und Integration“ ist mit Sicherheit nicht unkompliziert und selten bleiben die Emotionen der Aktiven verschont. Es ist auch oft nicht leicht, wichtige Aktivitäten oder Veranstaltungen ohne politische Stolpersteine durchführen zu können. Für Initiativen in kleineren Gemeinden kommen logistische Probleme hinzu. Sie haben weniger Möglichkeiten, sich mit anderen Initiativen zu vernetzen oder um Unterstützung zu bitten. Obwohl sie oft nur aus zwei oder drei Personen bestehen, stehen kleinere Initiativen also oft ganz alleine da. Dennoch bleibt ihr Engagement bestehen und viele der damals gegründeten Initiativen sind bis heute tätig.

Um auch weiterhin aktiv zu sein, müssen diese Initiativen allerdings unterstützt werden. Nur so können sie weiterhin ihren wichtigen Beitrag leisten und sicherstellen, dass Geflohene in Österreich jene Unterstützung bekommen, die sie nach dem Verlassen ihrer Heimat benötigen.



Und so stellt sich die Frage: Wer, wenn nicht wir? Wer übernimmt all diese direkten, tagtäglichen Unterstützungsarbeiten, wenn nicht die Zivilgesellschaft – wenn nicht wir? Wer gestaltet die Stimmung in kleineren Gemeinden und in Großstädten auf positive Art und Weise mit, wenn nicht wir? Jene, die direkt in Kontakt stehen, Verbindungen schaffen und gegenseitige Wertschätzung leben, sind diejenigen, die Bedürfnisse erkennen und decken können. Dafür braucht es aber strukturelle, soziale und vor allem politische Unterstützung statt Angstpolitik.

Freiwilligeninitiativen in Österreich widmen sich den Auswirkungen aktueller Fluchtbewegungen und treiben solidarisches Handeln und Auftreten auf nationaler Ebene voran. Durch dieses Engagement gibt es eine Chance, Europa mitzugestalten und positive Entwicklungen anzukurbeln. Europa muss sich solidarisch zeigen, Aufnahmen im Rahmen der EU-vereinbarten Relocation beschleunigen, die Wiederaufnahme der Rückschiebungen überdenken und verhindern.

Sollten uns die Suizidversuche afghanischer Jugendlicher in Schweden kurz vor ihrer Abschiebung keine Lehre sein? Will Österreich tatsächlich bei Abschiebungen das konsequenteste EU-Land sein? Sollen tatsächlich PolitikerInnen die österreichische Bevölkerung vertreten, die benachteiligte Gruppen durch sukzessive Kriminalisierung zunehmend einschränken und sie so als zweitrangige Menschen klassifizieren? Sollen autoritäre Verhältnisse zur Norm werden?

Menschen, die sich dafür einsetzen, dass Menschen, die aus unerträglichen Situationen geflüchtet sind, Unterstützung und ein neues Zuhause bekommen, haben während der sogenannten „Krise“ an einem Strang gezogen und die Situation so gut wie möglich bewältigt. Anstatt ihnen jetzt Steine in den Weg zu legen und abzuwarten, bis ihnen die Luft ausgeht, sollten sie Aufmerksamkeit und Unterstützung erfahren, denn sie besitzen die Erfahrung, die Kraft und das Engagement, um sich krisenhaften Situationen zu stellen.

<http://www.asyl.at/de/themen/umf/>